

Lösungen zur Verringerung des Flächenverbrauchs

Mehr Mut zum Umwohnen

Dass der tägliche Zuwachs an Flächenversiegelung verringert werden muss, ist unbestritten. Die Ursachen des Verbrauchs sind ebenso bekannt wie mögliche Lösungswege. Was zur Verringerung des Flächenverbrauchs bislang auf breiter Basis fehlt, ist der entsprechende Wertewandel bei den Wohnvorstellungen.

In ihrer Nachhaltigkeitsstrategie verpflichtet sich die Bundesregierung, bis zum Jahr 2020 den täglichen Zuwachs an Flächenversiegelung von derzeit fast 130 auf 30 Hektar zu verringern. Im Klartext: Statt derzeit jeden Tag Erdboden in der Größe von mehr als 160 Fußballfeldern zu versiegeln, sollen es in Zukunft nur noch etwa 40 sein. Das Ziel der Bundesregierung ist ehrgeizig, auch wenn das Thema Flächenverbrauch die Rolle des Stiefkindes im Klimaschutz langsam verliert und stärker in die politische Öffentlichkeit rückt. Doch die Positionen zum Wohnen sind, wie auch bei den Diskussionen auf der diesjährigen Tagung des Nachhaltigkeitsrates im Oktober in Berlin mehr als deutlich wurde, scheinbar unvereinbar. Auf der einen Seite stehen eine Reihe von Vorschlägen zur Verringerung von Wohnfläche, wie sie zum Beispiel in den sehr dicht besiedelten Niederlanden schon umgesetzt werden. Dort ist nachhaltiges Bauen dichtes bauen. Dichtes bauen heißt in erster Linie auf weniger Boden bauen und mit dementsprechend weniger Wohnraum leben. Die Verringerung des Wohnraums wird aber mit Vorteilen wie autofreies Wohnen oder Wohnen am Fluss wettgemacht. Die Akzeptanz von dichtem Bauen setzt aber eine Veränderung der Wertvorstellungen voraus, die mit den momentanen Ansprüchen an Wohnraum unvereinbar scheint. Platz scheint für die, die ihn sich leisten können, ein unhinterfragtes Grundrecht zu sein.

► Ursache: Wohnkultur

Wesentlicher Auslöser für den zunehmenden Flächenverbrauch ist unsere Art zu wohnen. Für Wohnraum allein braucht gegenwärtig hier zu Lande jeder Mensch im Durchschnitt etwa 40 Quadratmeter. Für den Wert gibt es im Wesentlichen drei Ursachen: Der Traum vom eigenen Häuschen, der enorme Flächen verschlingt. Sich verändernde Haushaltsstrukturen, besonders die steigende Zahl an Einpersonenhaushalten, die auch mehr Wohnfläche verlangen. Und die räumliche Trennung von Wohnen, Arbeit, Versor-

gung und Freizeit, die lange Verkehrswege und -ströme erzeugt, die die Landschaft zerschneiden und mit Park- und Fahrflächen versiegeln.

Entsprechend der dargestellten Problematik gibt es drei Aktionsfelder, die zur Verringerung des Flächenverbrauchs diskutiert werden. Das erste bezieht sich auf das Einfamilienhaus. Das Einfamilienhaus ist angeblich der Wunsch der überwiegenden Mehrheit der Deutschen. Die Erkenntnis stammt aus wiederkehrenden Wohnwunschbefragungen, bei denen aber bezweifelt werden muss, ob sie den tatsächlichen Wünschen der Bevölkerung überhaupt Ausdruck verleihen. Eine Untersuchung der TU Hamburg-Harburg zum Beispiel kommt zu dem Schluss, dass eine größere Anzahl von Familien die Stadt nicht verlassen hätte, wenn entsprechende Wohnqualitäten wie Größe der Wohnung, Lage oder Preis in der Stadt gegeben gewesen wären (1). Demnach könnten mit entsprechenden Angeboten durchaus potentielle Häuslebauer in den Städten gehalten werden. Ein Beispiel dafür ist das Wohnviertel Freiburg-Vauban. Dort lebt eine Reihe von Familien, die eine Wohnung im Viertel dem Eigenheim vorgezogen haben. Sie genießen weitgehende Einflussmöglichkeiten auf ihre Wohnbedingungen und leben ruhig aber stadtnah in einem kinderfreundlichen, autofreien Viertel.

Das zweite Aktionsfeld bezieht sich auf die Wohnfläche. Wenn der Flächenverbrauch aufgrund schrumpfender Haushalte wächst, liegt es nahe, die Haushalte zu vergrößern indem bestimmte Flächen von mehreren Haushalten gemeinsam genutzt werden (2). Diese Idee kollidiert mit dem Wunsch nach Privatsphäre und Individualität, weshalb viele sie für unattraktiv halten. Im Gegenzug bieten aber größere Haushalte auch erhebliche soziale Vorteile, weil gute Nachbarschaft zum Beispiel der Vereinsamung entgegenwirkt. Ein gelungenes Beispiel hierfür ist eine Kölner Anlage im sozialen Wohnungsbau, in der 27 Haushalte auf einen Teil ihrer privaten Wohnfläche verzichten, um statt dessen über Gästezimmer,

einen Gemeinschaftsraum und umfangreiche Außenflächen gemeinsam verfügen. Die erreichte Wohnzufriedenheit äußert sich nicht nur verbal, sondern auch ökonomisch. Die Wohndauer ist dort länger als im sozialen Wohnungsbau üblich. Das dritte Aktionsfeld bezieht sich auf die Funktionsräume. Die stärkere Kopplung der Funktionsräume Arbeit, Wohnen, Versorgung und Freizeit hat das Ziel, alle Funktionen im Wohnviertel weitgehend erfüllen zu können. Damit sparen die Haushalte Wege und Zeit, was nicht nur der Umwelt, sondern auch den einzelnen Menschen selbst zu Gute kommt. Zum Beispiel ist das Viertel Hannover-Kronsberg als ein „Wohnen im Mikrokosmos“ konzipiert (3). Dort gibt es neben der Stadteilbibliothek unter anderem ein Seniorenbüro, ein Gesundheitszentrum und diverse Kinderbetreuungseinrichtungen.

► Fazit

Die genannten Beispiele zeigen, dass rationale Zielsetzungen und persönliche Wünsche miteinander vereinbar sein können. Voraussetzung sind entsprechende Beschlüsse in der Politik, die die grundsätzliche Bereitschaft zu Veränderungen in der Bevölkerung nutzen. Solange sich jedoch politische Lenkungsmaßnahmen überwiegend am Ideal des vereinzelt suburbanen Konsumentenhaushalts orientieren, ausgedrückt in Pendlerpauschale und Eigenheimzulage, werden zukunftsfähige Entwicklungen extrem erschwert. Die ehrgeizigen Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie erfordern die Bereitschaft zum Umdenken. Nur wenn sie mit Offenheit gegenüber neuen Wohnformen verfolgt werden, könnte die Verringerung der Flächenversiegelung auf täglich 30 Hektar vielleicht doch noch erreicht werden.

Anmerkung

(1) Technische Universität Hamburg-Harburg (Hrsg.): Auswirkungen der Umlandwanderung auf den Hamburger Wohnungsmarkt. Hamburg 1998.

(2) BUND, Misereor (Hrsg.): Zukunftsfähiges Deutschland: Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Basel, Boston, Berlin 1996.

(3) Stadtteil Kronsberg (Hrsg.): Wohnen im 21. Jahrhundert. Hannover 2000.

Die Autorin

Angelika Sennlaub ist Diplom-Ökotrophologin und promoviert an der Justus-Liebig-Universität Gießen zum Thema Gemeinschaftsbesitz im Wohnalltag.

Kontakt: Tel. 0641-9939314, E-Mail: Angelika.Sennlaub@ernaehrung.uni-giessen.de

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.